

## GROSSER RAT

GR.14.212-1

### VORSTOSS

**Motion der Fraktion der Grünen, der SP und der GLP (Sprecherin Kathrin Fricker, Grüne, Baden) vom 18. November 2014 betreffend Ergänzung des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) um die Regelung der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden**

---

#### **Text:**

Der Regierungsrat wird aufgefordert in der SPG Teilrevision folgendes Anliegen aufzunehmen: Für die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMAs) werden taugliche Strukturen geschaffen, welche den Bedürfnissen der Jugendlichen (Schutz, altersgemässe Unterkunft, Betreuung, Beschäftigung/Bildung, Ernährung/Gesundheit) gerecht werden und ihnen eine Perspektive bieten.

#### **Begründung:**

Es kommen immer mehr unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in die Schweiz. Sie werden durch das Bundesamt für Migration den Kantonen zugewiesen. So leben im Aargau zurzeit rund 40 UMAs zwischen 15 und 18 Jahren. Viele dieser Jugendlichen haben eine mehrjährige Flucht hinter sich, während welcher sie auf sich alleine gestellt waren, missbraucht und ausgenutzt wurden. Sie sind traumatisiert und brauchen besonderen Schutz und Betreuung.

Im Kanton Aargau sind sie jedoch wieder auf sich alleine gestellt und müssen mit fremden Erwachsenen zusammen leben. Zum Teil leben sie in reinen Männerunterkünften, was dem Schutzbedürfnis von auf sich allein gestellten Minderjährigen nicht entspricht. Auch erhalten sie keine ihnen angemessene Betreuung mit Tagesstrukturen. Zugang zu Bildungsprogrammen oder Deutschkurse für Jugendliche gibt es kaum. Dies sind mitunter Folgen des vom Grossen Rat beschlossenen Stellenstopps.

Im Rahmen der zurzeit stattfindenden Vorbereitung der Teilrevision SPG zur zweiten Lesung, kann unter § 19 "Kantonale Unterkünfte" und § 19a "Betrieb der kantonalen Unterkünfte" die gesetzlich Grundlage dafür geschaffen werden. Dies macht vom strukturellen Aufwand her am meisten Sinn. Die Schweiz hat die Kinderschutzkonvention unterschrieben. Diese gilt auch für den Kanton Aargau. Der Regierungsrat wird aufgefordert, unverzüglich zu handeln und diesen jungen Menschen wieder ein Leben, eine Perspektive zu geben. Er muss die notwendigen Unterkunfts- und Betreuungsstrukturen sowie entsprechende Schul- und Ausbildungsprogramme schaffen.

Auch das Bundesamt für Migration hat alle Kantone aufgefordert, entsprechende Betreuungsstrukturen für UMAs möglichst bald zu schaffen. Der Kanton Aargau ist dem noch nicht nachgekommen.